



**Antrag auf Prüfung der Straßenausbaubeiträge -
mit dem Ziel der Reform oder gänzlichen Abschaffung**

**Die SPD-Bündnis 90/Die Grünen - Bündnis C- Gruppe beantragt die Prüfung
der Straßenausbaubeiträge.**

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, welche Auswirkungen die Abschaffung oder eine Reform der bisherigen Straßenausbaubeiträge hat.

Auswirkungen ergeben sich einerseits auf die Beitragszahlenden und andererseits auf den kommunalen Haushalt und die Leistungsfähigkeit bezogen auf den Substanzerhalt der gemeindlichen Straßeninfrastruktur. Insbesondere folgende Optionen sind zu prüfen:

1. Die Ausgaben für den Straßenausbau werden aus dem gemeindlichen Haushalt bezahlt.
2. Die Ausgaben für den Straßenausbau werden durch eine Anpassung der Grundsteuer beglichen.
3. Die Ausgaben für den Straßenausbau werden durch wiederkehrende Straßenausbaubeiträge aller Beitragspflichtigen finanziert (bei Freistellung derer, die innerhalb eines bestimmten, zurückliegenden Zeitraums einmalige Beiträge gezahlt haben).
4. Eine Reduzierung der bisherigen Straßenausbaubeiträge auf z.B. 30% oder 50 % als Möglichkeit, die Gegenfinanzierung aus dem Gemeindehaushalt geringer zu halten.

Begründung:

Das Thema "Straßenausbaubeiträge" wird in den letzten Jahren immer wieder kontrovers diskutiert. Seit 2017 gibt es Gesetzesänderungen, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, die Erhebung der Straßenausbaubeiträge flexibler zu gestalten oder abzuschaffen und die Bürger damit zu entlasten.

Die Möglichkeiten sollen von der Verwaltung geprüft werden und dann im Ausschuss für Bauen, Planen und Gemeindeentwicklung und im Ausschuss für Wirtschaft, Marketing, Tourismus, Kultur, öffentliche Einrichtungen und Finanzen zur Beratung vorgelegt werden.

Elke Matthey

Vorsitzende der SPD-Bündnis 90/Die Grünen - Bündnis C- Gruppe